

Germany-Berlin: Architectural, construction, engineering and inspection services

OJ S 242/2020 11/12/2020

Contract notice – utilities

Services

Legal Basis:

Directive 2014/25/EU

Section I: Contracting entity

I.1. Name and addresses

Official name: Berliner Verkehrsbetriebe, Bereich Einkauf/Materialwirtschaft (FEM)

Postal address: Holzmarktstraße 15-17

Town: Berlin

NUTS code: DE300 Berlin

Postal code: 10179

Country: Germany

E-mail: Einkauf.SE2@bvg.de

Internet address(es):

Main address: <https://vergabekooperation.berlin>

Address of the buyer profile: www.BVG.de

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: https://vergabekooperation.berlin/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-1761551ab3c-7a42ae52dd23b946

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via:

https://vergabekooperation.berlin/NetServer/TenderingProcedureDetails?function=_Details&TenderOID=54321-Tender-1761551ab3c-7a42ae52dd23b946

I.6. Main activity

Recreation, culture and religion

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Erstellung eines Denkmalpflegeplans für Werbung

Reference number: FEM2-0628-2020

II.1.2. Main CPV code

71000000 Architectural, construction, engineering and inspection services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Erstellung eines Denkmalpflegeplans für Werbung.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE300 Berlin

Main site or place of performance: Berlin

II.2.4. Description of the procurement

Gegenstand der Ausschreibung ist die Erstellung eines Denkmalpflegeplans für die denkmalgeschützten U-Bahnhöfe der BVG.

Der Denkmalpflegeplan soll Aussagen zu den U-Bahnhöfen der einzelnen Linien im Hinblick auf ihre Verträglichkeit mit Werbung enthalten, sowie Aussagen zu Werbeträgern mit Einschätzungen ihrer denkmalrechtlichen Verträglichkeit auf den U-Bahnhöfen der einzelnen Linien.

Der Denkmalpflegeplan dient als praktische Hilfestellung für den Umgang mit Werbung und Planung von Werbeanlagen.

Unter seiner Heranziehung sollen Genehmigungsverfahren für Werbeanlagen vereinfacht werden, insbesondere Verfahren zur Erteilung einer denkmalschutzrechtlichen Genehmigung nach § 11 DSchG Bln.

Zudem soll der Denkmalpflegeplan als Unterstützung dienen bei:

- der konkreten Suche nach geeigneten Standorten für bestimmte Werbeträger,
- der konkreten Suche nach geeigneten Werbeträgern für bestimmte Standorte,
- der Klärung von Standortfragen bei solchen Werbeträgern, auf welche nicht explizit eingegangen wird (wie z. B. solche mit Sonderformaten), durch allgemeine Aussagen zur Verträglichkeit von Werbeträgern und die Aussagen zu den U-Bahn-Linien.

Die U-Bahnhöfe sollen nach Linien betrachtet werden, da die Bahnhöfe einer Linie häufig von einem Architekten konzipiert worden sind. Der fertige Denkmalpflegeplan ist so auszugestalten, dass er vom Landesdenkmalamt akzeptiert wird und von beiden Seiten unterzeichnet wird. Er soll als Vereinbarung, auf dessen Basis zukünftig neue und/oder modernisierte Werbeanlagen bei den Unteren Denkmalschutzbehörden beantragt werden, gelten.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/06/2021 End: 31/12/2022

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Sofern die Leistung nicht in diesem Zeitraum komplett erbracht werden kann, kann nach Absprache mit der BVG der Vertrag maximal bis zum 31.12.2023 verlängert werden.

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged minimum number: 3Maximum number: 5Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Die Auswahl erfolgt anhand der Vergleichbarkeit der eingereichten Referenzen. Besonders positiv gewertet wird hier, wenn der Bewerber in einem Projekt einen Denkmalpflegeplan erstellt hat, der Außenwerbung in Bahnhöfen beinhaltet.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Die nachstehenden Angaben/Erklärungen/Nachweise sind von den Bewerbern (der Begriff Bewerber wird als Synonym auch für Bergewerkschaften (BewGe) verwendet) bzw. von jedem Mitglied der BewGe sowie von allen für die Leistungserbringung vorgesehenen Nachunternehmern (NU)/Unterauftragnehmern vorzulegen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen/Angebote ist nicht ausreichend. Soweit Eigenerklärungen verlangt werden, hat der Bewerber auf Verlangen weitere Nachweise vorzulegen.

1. Bezeichnung des Bewerberunternehmens mit Firma und Anschrift.

2. Eigenerklärungen gem. §§ 123, 124 GWB sowie § 21 SchwarzArbG, § 21 AEntG und § 98 c AufenthG. Eigenerklärungen gemäß § 19 Abs. 1 und Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) und dass keine Eintragung im Berliner Korruptionsregister vorliegt.

Der AG stellt hierzu ein Formblatt zur Verfügung.

Bei Vorliegen von Ausschlussgründen wird der Auftraggeber Angaben der Bewerber zur Selbstreinigung nach § 125 GWB sowie den zulässigen Zeitraum für Ausschlüsse nach § 126 GWB berücksichtigen.

3. Sofern eine Bewerbung als BewGe erfolgt, s. VI.3. Ziff. 5.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

1. Es sind die Referenzen des Unternehmens darzustellen. Gefordert sind Referenzprojekte, die die Erstellung von Denkmalpflegeplänen in Großstädten oder die Erstellung von Konzepten zur Raum- und Stadtplanung in Großstädten zum Gegenstand haben und Referenzprojekte, die die Außenwerbung in Bahnhöfen zum Gegenstand haben.

Erwartet werden folgenden Angaben für jedes Referenzprojekt:

a) Name und Adresse des Auftraggebers; eine Aufforderung zur Benennung eines Ansprechpartners beim Auftraggeber mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse bleibt vorbehalten;

b) Zeitraum der Leistungserbringung

c) Kurzbeschreibung der Art der erbrachten Leistungen insb. unter Angabe:

- Beschreibung des Inhaltes und Umfang des Denkmalpflegeplans,
 - Beschreibung der/des Konzepte/s zur Raum- bzw. Stadtplanung in Großstädten,
 - Beschreibung der/des Projekt/es in der Außenwerbung in Bahnhöfen,
 - und weitere Angaben zum Referenzprojekt, um die Vergleichbarkeit mit den vorliegend ausgeschrieben Leistungen beurteilen zu können.
- d) Kurzbeschreibung des Umfangs der erbrachten Leistungen mit Angaben zum Auftragswert (jeweils in Euro/netto),
- e) Angabe, ob die Leistungen als vollständige Eigenleistung, mit Nachunternehmern oder in Kooperation mit anderen Unternehmen erbracht wurden, sowie ggf. Angabe des Eigenleistungsanteils. Wurden die Leistungen nicht vollständig als Eigenleistung erbracht, so ist anzugeben, welche Leistungen als Eigenleistung erbracht wurden.
- Mindestens eine Referenz bezüglich der Erstellung von Denkmalpflegeplänen in Großstädten oder die Erstellung von Konzepten zur Raum- und Stadtplanung und eine Referenz im Bereich Außenwerbung in Bahnhöfen müssen vorgelegt werden. (Der Nachweis kann durch getrennte Referenzen erfolgen.)
- Der Auftraggeber behält sich vor, nur eine begrenzte Anzahl von Bewerbern zur Angebotsabgabe aufzufordern. Positiv gewertet wird hier, wenn der Bewerber in einem Projekt einen Denkmalpflegeplan erstellt hat, der die Außenwerbung in Bahnhöfen beinhaltet.

2. Qualifikation der Teammitglieder

- Mindestens ein Teammitglied muss über einen Hochschulabschluss im Fach Architektur mit der Spezialisierung Denkmalpflege oder zusätzlich nachgewiesenen Berufserfahrung in der Denkmalpflege von mind. 5 Jahren verfügen. Zum Nachweis ist ein Lebenslauf einzureichen,
- Mindestens ein Teammitglied muss über mind. Bachelorabschluss im Studiengang Raum- und Stadtplanung oder Berufserfahrung in der Raum- und Stadtplanung von mind. 5 Jahren verfügen. Zum Nachweis ist ein Lebenslauf einzureichen.

Minimum level(s) of standards possibly required:

1. Mindestens eine Referenz bezüglich der Erstellung von Denkmalpflegeplänen in Großstädten oder die Erstellung von Konzepten zur Raum- und Stadtplanung und eine Referenz im Bereich Außenwerbung in Bahnhöfen müssen vorgelegt werden.
2. Mindestens ein Teammitglied muss über einen Hochschulabschluss im Fach Architektur mit der Spezialisierung Denkmalpflege oder zusätzlich nachgewiesenen Berufserfahrung in der Denkmalpflege von mind. 5 Jahren verfügen.
3. Mindestens ein Teammitglied muss über mind. Bachelorabschluss im Studiengang Raum- und Stadtplanung oder Berufserfahrung in der Raum- und Stadtplanung von mind. 5 Jahren verfügen.

III.1.4. Objective rules and criteria for participation

List and brief description of rules and criteria:

Der Auftraggeber behält sich nach § 51 Abs. 2 SektVO unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung vor, die Bewerber aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen oder sonstige Nachweise nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren.

Der Auftraggeber wird anschließend die vollständigen und fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge inhaltlich prüfen. Die Nichterfüllung der Mindeststandards führt in jedem Fall zum Ausschluss.

Im Übrigen zu Kooperationsformen: s. VI.3 Ziff. 5 und 6.

III.1.7. Main financing conditions and payment arrangements and/or reference to the relevant provisions governing them

Siehe Vergabeunterlagen

III.1.8. Legal form to be taken by the group of economic operators to whom the contract is to be awarded

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

— Der AN hat gem. Frauenförderverordnung während des Auftrags Maßnahmen zur Frauenförderung durchzuführen oder einzuleiten. Hierzu hat der Bieter mit der Angebotsabgabe eine Erklärung zur Frauenförderung iSd Frauenförderverordnung abzugeben. Der AG stellt hierzu ebenfalls ein Formular zur Verfügung,

— Darüber hinaus hat der AN die Vorgaben nach dem BerlAVG, insbesondere zum vergaberechtlichen Mindestlohn, zu berücksichtigen.

Der AG stellt hierzu ebenfalls ein Formular zur Verfügung.

— Der AN verpflichtet sich bei Angebotsabgabe eine Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen, die Risiken und Haftungsfälle in Bezug auf die Leistungserbringung gemäß Leistungsbeschreibung vollumfänglich abdeckt. Auf Verlangen hat er dies dem AG nachzuweisen.

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Negotiated procedure with prior call for competition

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 08/01/2021 Local time: 23:59

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

Date: 20/01/2021

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 31/05/2021

Section VI: Complementary information

VI.1.

Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

1. Der AG ist Sektorenauftraggeber nach § 100 Abs. 1 Nr. 1 GWB und führt hier ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb durch. Der AG unterliegt neben dem GWB der SektVO insbesondere dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz.
2. Durch diese Bekanntmachung wird der Teilnahmewettbewerb (TNW) begonnen, in dem sich die interessierten Unternehmen mit den in dieser Bekanntmachung angegebenen Angaben, Erklärungen u. Nachweisen um die Aufforderung zur Angebotsabgabe bewerben. Erst eine erfolgreiche Bewerbung mit positiver Eignungsprüfung u. -bewertung durch den AG führt zur Aufforderung zur Angebotsabgabe.
3. Die Übermittlung von Bewerberfragen hat ausschließlich unter Nutzung der Funktionalität der Vergabeplattform (vgl. Ziff. I.3)) unter Angabe der Bezeichnung der Maßnahme (vgl. Ziff. II. 1.1)) u. des Aktenzeichens FEM2 – 0628-2020 zu erfolgen. Die Bewerber sollen das hierfür vom AG zur Verfügung gestellte Formular verwenden und über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform dem AG übermitteln. Auskünfte werden grundsätzlich nur auf solche Fragen erteilt, die bis zum 26.2.2020 an die unter Ziffer I.1) bezeichnete Stelle unter Nutzung der Funktionalität der Vergabeplattform (vgl. Ziff. I.3)) eingegangen sind. Mündliche o. verspätete Anfragen werden nicht beantwortet. Der AG wird etwaige Informationen (auch die Formulare) u. Beantwortung von Fragen von Bewerbern zum TNW sowie sonstige Klarstellungen des AG, die das Vergabeverfahren betreffen, auf der Vergabekooperation Berlin veröffentlichen. Der AG empfiehlt daher allen Bewerbern, täglich den vorbenannten Link zum Abruf von aktuellen Informationen u. Klarstellungen des AG sowie Antworten von Bewerberanfragen zum Vergabeverfahren zu nutzen. Die Bewerber sollen die vom AG zur Verfügung gestellten Formulare verwenden, ausfüllen und durch die geforderten Angaben, Erklärungen u. Nachweise ergänzen. Ein Verweis auf frühere Bewerbungen/Angebote ist nicht ausreichend.
4. Mit der Benennung der Referenzen stimmt der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft der Kontaktaufnahme durch den AG zu den jeweiligen Referenzgebern zu.
Zu Kooperationsformen im vorliegenden Vergabeverfahren (s. auch III.1):
5. Sofern eine Bewerbung als Bewerbungsgemeinschaft (BewGe) erfolgt, ist mit dem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern der BewGe ausgefüllte Erklärung einzureichen, aus der sich auch die gesamtschuldnerische Haftung (vgl. Ziff. III.1.8) dieser Bekanntmachung im Zuschlagsfall, die Namen sämtlicher Mitglieder der BewGe, ein bevollmächtigter Vertreter und die Absicht, sich im Fall der erfolgreichen Bewerberauswahl zur Bietergemeinschaft und im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, ergibt. BewGe dürfen nur einen Teilnahmeantrag einreichen. Die unter Ziffer III.1.1) bis Ziffer III.1.3) benannten Unterlagen sind bei Vorliegen einer Bewerbungsgemeinschaft für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft in einem gesonderten Formular vorzulegen. Zur Erfüllung von Mindestanforderungen gem. III.1.2 werden die Umsätze von Mitgliedern einer BewGe addiert und gem. III.1.3 alle Erklärungen der Mitglieder einer BewGe gesamthaft ausgewertet. BewGe haben darüber hinaus eine Erklärung folgenden Inhalts abzugeben: Sämtliche Mitglieder der BewGe bzw. der Vertreter der BewGe haben/hat zu erklären, dass die Bildung keinen Verstoß gegen § 1 GWB darstellt. Der AG stellt hierzu ein Formblatt zur Verfügung. Es kann auf Anlagen verwiesen werden.
6. Beabsichtigt der Bewerber oder ein Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft, sich hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf andere Unternehmen (Dritter / Nachunternehmer / konzernverbundener Unternehmen) zu berufen (Eignungsleihe), so sind die unter Ziffer III.1.2) bis III.1.3) benannten Unterlagen für

die anderen Unternehmen insoweit in einem gesonderten Formular vorzulegen, als die Bezugnahme auf die Leistungsfähigkeit Dritter erfolgt. Zusätzlich hat der Bewerber gesondert mit dem Teilnahmeantrag die Verpflichtungserklärung der anderen Unternehmen vorzulegen, nach deren Inhalt die rechtlich und tatsächlich abgesicherte Verfügbarkeit über die entsprechenden Ressourcen der Dritten nachgewiesen wird. Bei einer Bezugnahme auf Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit ist durch dieses ausdrücklich zu bestätigen, dass es mit dem Bewerber im Auftragsfall gemeinsam für die Auftragsdurchführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe haftet. Beabsichtigt der Bewerber, im Hinblick auf vorzulegende Nachweise /Angaben/Erklärungen für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- oder Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung (Referenzen) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen, so ist durch dieses ausdrücklich zu bestätigen, dass es die Leistungen als Subunternehmer im Auftragsfall erbringen wird, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

7. Der Auftraggeber hat für die Einreichung der Teilnahmeanträge Formulare erstellt. Diese sind für die Einreichung der Teilnahmeanträge zu verwenden und über die Vergabeplattform gem. I.1) herunterzuladen. Die Teilnahmeanträge müssen bis zum Schlusstermin (s. Ziffer IV. 2.2)) über die Vergabeplattform in Textform eingereicht werden.

8. Erläuterungen zum Ablauf

Der AG verhandelt die indikativen Angebote. Der AG behält sich vor, den Bieterkreis aufgrund einer Auswertung der Angebote aufgrund der Zuschlagskriterien zu reduzieren.

Mögliche Verhandlungsgespräche finden voraussichtlich in der Zeit vom 22. bis 26.3.2021 statt.

Nach Abschluss der Verhandlungen werden die dann noch im Wettbewerb verbliebenen Bieter aufgefordert, ihre letzten verbindlichen Angebote abzugeben. Der Auftraggeber behält sich vor, im Rahmen der Verhandlungen über alle Inhalte, insbesondere der Leistungsbeschreibung sowie des Vertragsentwurfs zu verhandeln.

Nach Abschluss der Verhandlungen werden den verbliebenen Bietern mögliche Änderungen mitgeteilt und diese verbliebenen Bieter aufgefordert, ihre überarbeiteten verbindlichen Angebote abzugeben. Diese werden dann gemäß der bekanntgemachten Zuschlagskriterien ausgewertet.

9. Datenschutz: Der Bewerber hat die Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung, des Bundesdatenschutzgesetzes sowie anderer geltender Gesetze zum Schutz personenbezogener Daten einzuhalten. Für die Übermittlung personenbezogener Daten an den Auftraggeber trägt der Bewerber die datenschutzrechtliche Verantwortung und hat entsprechend die Rechtmäßigkeit sicherzustellen (z. B. durch Einholung von Einwilligungen bei Angaben natürlicher Personen).

10. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass allein der Inhalt der vorliegenden EU-weiten Bekanntmachung maßgeblich ist, wenn die Bekanntmachung zusätzlich in weiteren Bekanntmachungsmedien veröffentlicht wird u. der Bekanntmachungstext in diesen zusätzlichen Bekanntmachungen nicht vollständig, unrichtig oder verändert wiedergegeben wird.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Landes Berlin

Postal address: Martin- Luther- Str. 105

Town: Berlin

Postal code: 10825

Country: Germany
Telephone: +49 30-9013-8316
Fax: +49 30-9013-7613

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

§ 160 GWB

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.5. Date of dispatch of this notice

08/12/2020